

18. Wahlperiode

Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE

Bundeswehr an Schulen und Azubi-Messen im Land Bremen – Art und Umfang der Werbeoffensive II

An den öffentlichen Schulen im Bundesgebiet tritt die Bundeswehr verstärkt in Erscheinung. Im Regelfall besuchen speziell geschulte Jugendoffiziere den Unterricht: Eigens auf die Bedürfnisse junger Menschen abgestimmtes Informationsmaterial oder das Strategiespiel POL&IS sollen das Interesse für den Arbeitgeber Bundeswehr und Akzeptanz für die Einsätze (insbesondere im Ausland) schaffen. Über die Verzahnung mit zivilen Bildungseinrichtungen wird aber auch eine größere gesellschaftliche Zustimmung für das Paradigma der offensiven, geostrategisch aufgestellten Interventionsarmee und die einhergehenden Militarisierungstendenzen angestrebt.

Flankierend zu Auftritten an Schulen pflegt die Armee weitere Kooperationen beispielsweise mit der Jugendzeitschrift Bravo: „Bundeswehr-Adventurecamps“ mit „krassen Wasserwettkämpfen“ und das Abseilen von „schwindelerregend hohen Klippen“ (Spiegel Online vom 18.09.2012) verherrlichen den Einsatz an der Waffe als großes Abenteuer.

Organisatorisch zuständig für die Einsätze der Jugendoffiziere an Schulen sind die vier Wehrbereichskommandos (Bundestags-Drucksache 17/1511). Bremen fällt in die Verantwortung des Wehrbereichskommandos I – Küste mit Sitz in Kiel. Die Wehrbereichskommandos erheben Daten über erfolgte Einsätze im Bereichsgebiet, das Bundesverteidigungsministerium sammelt diese Daten und veröffentlicht sie jährlich als Summe der vier Wehrbereichskommandos (Jahresberichte der Jugendoffiziere).

Auf eine Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE „*Bundeswehr an Schulen im Land Bremen – Art und Umfang der Werbeoffensive*“ erklärte der rot-grüne Senat, es lägen keine Daten über die Propaganda-Einsätze der Jugendoffiziere in Bremer Klassenräumen vor (Drucksache 18/59).

Gegenüber der TAZ-Bremen äußerte der für Bremen zuständige Jugendoffizier jedoch, es sei für ihn „grundsätzlich kein Problem, die Daten heraus zu suchen“ (Krieg im Unterricht, taz-Bremen vom 1.11.2011). Diese Aussage entspricht der Praxis, mit der Anfragen wie die mit der Drucksache 18/59 von den Regierungen der übrigen Länder im Gebiet des Wehrbereichskommandos I – Küste beantwortet werden. So verweist der Hamburger Senat bei der Beantwortung einer ähnlich gelagerten Anfrage explizit auf die Mitarbeit der Bundeswehr und damit auf die Quelle der Daten (vgl. Drucksache 19/5270 der Hamburgischen Bürgerschaft).

In Bremen werden Zahlen über die Einsätze der Öffentlichkeit bisher systematisch vorenthalten. Dies beklagt auch die Bildungsgewerkschaft GEW in ihrem Beschluss vom Bremischen Gewerkschaftstag am 28. November 2012 „*Einfluss der Bundeswehr in den Schulen zurückdrängen: Bundeswehr raus aus den Schulen*“.

Die bewusste Desinformation der Öffentlichkeit über Art und Ausmaß der Bundeswehr-Einsätze in Bremischen Klassenräumen muss endlich aufhören. Vielmehr braucht es eine qualifizierte Perspektive für die Entmilitarisierung des Unterrichts. Offiziere der Armee haben an Schulen nichts verloren. Werben für die Armee hat mit politischer Bildung und dem Ausgewogenheitsgebot des Beutelsbacher Konsenses nichts zu tun.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

1. Wie viele Schulveranstaltungen mit wie vielen TeilnehmerInnen haben Jugendoffiziere der Bundeswehr in den Jahren von 2007 bis 2012 im Land Bremen durchgeführt (bitte aufschlüsseln nach Jahr und Schulart)?
2. Wie viele POL&IS-Seminare haben die Jugendoffiziere in den Jahren zwischen 2007 und 2012 für SchülerInnen im Land Bremen durchgeführt und wie viele SchülerInnen haben sich daran beteiligt (bitte aufschlüsseln nach Jahr und Schulart)?
3. Wie viele Veranstaltungen hat die Bundeswehr im Rahmen der „personalwerblichen Kommunikation“, also Wehrdienstberatung, in den Jahren zwischen 2007 und 2012 an Schulen im Land Bremen durchgeführt (bitte nach Jahr, Schulart, Schulen und Anzahl der Teilnehmenden aufschlüsseln)?
4. Wie viele Schulveranstaltungen von WehrdienstberaterInnen im Land Bremen stehen für das Jahr 2013 schon fest beziehungsweise sind dem Senat bekannt (bitte nach Schulart, Schulen und Datum der Besuche aufschlüsseln)?
5. Wie viele Veranstaltungen zur Ausbildung von ReferendarInnen aus dem Land Bremen haben Jugendoffiziere in den Jahren 2007 bis 2012 angeboten, und wie viele ReferendarInnen aus dem Land Bremen haben sich an solchen Veranstaltungen bundesweit beteiligt (bitte aufschlüsseln nach Jahr)?
6. An wie vielen Aus-, Fort- und Weiterbildungsseminaren oder ähnlichen Veranstaltungen (zum Beispiel Truppenbesuche) der Bundeswehr haben LehrerInnen aus dem Land Bremen zwischen 2007 und 2012 teilgenommen (bitte aufschlüsseln nach Veranstaltungsart und Jahr)?
7. Bei wie vielen Veranstaltungen von Jugendoffizieren zwischen 2007 und 2012 waren im Land Bremen gleichzeitig VertreterInnen von Friedensorganisationen eingeladen und/oder anwesend?
8. Wie viele Schulklassen beziehungsweise SchülerInnengruppen aus Bremen oder Bremerhaven haben zwischen 2007 und 2012 Bundeswehreinrichtungen besucht (bitte aufschlüsseln nach Anzahl der SchülerInnen, Gelegenheit der Besuche und Jahr)?
9. Wie viele SchülerInnen, ReferendarInnen oder LehrerInnen aus dem Land Bremen zwischen 2007 und 2012 an von Jugendoffizieren angebotenen sogenannten Seminarfahrten teilgenommen (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

10. Auf welchen Bremer Job- und Ausbildungsplatzmessen tritt das „Zentrum für Nachwuchsgewinnung Nord“ auf? Agieren bei diesen Gelegenheiten die für die Schulbesuche zuständigen Jugendoffiziere personalwerblich?

11. Welche Arten von Veranstaltungen werden in Bremer Jobcentern in Zusammenarbeit mit der Bundeswehr durchgeführt? Wie viele dieser Veranstaltungen gab es zwischen 2007 und 2012 und welche sind dem Senat für das Jahr 2013 bereits bekannt?

12. Welche weitere Rekrutierungs-, „Informations-“ und „Erlebnis-“Veranstaltungen führt die Bundeswehr für Jugendliche und Lehrkräfte im Land Bremen durch?

13. Wie bewertet der Senat die Forderungen von Friedensbewegung und GEW,

a) die Anwesenheitspflicht für SchülerInnen an Veranstaltungen aufzuheben, die von und mit Angehörigen der Armee im Rahmen des Unterrichts durchgeführt werden?

b) zur Wahrung der Ausgewogenheit VertreterInnen von Friedensinitiativen und – Organisationen zeitgleich bzw. zeitnah ebenfalls in den Unterricht einzuladen?

c) Elternvertretungen, SchülerInnen und die Schulkonferenz im Vorfeld verpflichtend an der konzeptionellen Ausgestaltung der Bundeswehrauftritte im Unterricht zu beteiligen?

d) zwischen Bildungsbehörde und Bundeswehr eine Vereinbarung zu schließen, die darauf abzielt, keine Angehörigen der Bundeswehr mehr an der Unterrichtsgestaltung zu beteiligen?

Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE.